221-00

3830/55

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
211-00 K.-Nr. 3397/55

Brüssel, den 19.8.1955
Vertraulich!

3 Durchdrucke

Betr.: Grundlagen der belgischen Aussenpolitik nach dem 2. Weltkrieg.

Grundsätzliche Wandlung der belgischen Aussenpolitik nach dem 2. Weltkrieg.

Die belgische Aussenpolitik hat nach dem 2. Weltkrieg das aus dem Kompromiss der europäischen Grossmächte bei der Gründung des belgischen Staatswesens erwachsene traditionelle Prinzip der bewaffneten Neutralität bei politischen Auseinandersetzungen in Europa aufgegeben. Die belgische Aussenpolitik ist sowohl unter dem PSB-Aussenminister Spaak (1944 - 49 und seit 1954) wie unter dem PSC-Aussenminister Van Zeeland (1949 - 54) in ständig wachsendem Masse dazu übergegangen, sich an politischen zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen zu beteiligen. Dieser Wandel der Aussenpolitik hat drei Gründe:

a) Die durch das Ergebnis des Krieges von 1870/71 praktisch hergestellte und durch das belgische Bündnis mit den Alliierten in zwei Weltkriegen moralisch garantierte Sicherheit Belgiens vor französischen Annexionsgelüsten, womit der Bestand des belgischen Staates nunmehr lediglich von Osten her gefährdet erscheint;

b) die Erfahrung, dass auch ein politisch selbstständiger belgischer Staat schon wegen seiner geographischen Lage zwangsläufig von den Auswirkungen der Politik der Grossmächte betroffen wird, und dass daher die Teilnahme an einem Defensivbündnis Belgien grössere Sicherheit bietet als eine nicht wirksam zu verteidigende Neutralität;

c) die Erkenntnis, dass die politische und wirtschaftliche Existenz der kleineren europäischen Staaten nur im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses gesichert werden kann, und dass diese Staaten nicht selbstständig, sondern nur als Mitglieder von Allianzen und zwischenstaatlichen Unionen in der Lage sind, aktiven Einfluss auf die Politik ihrer mächtigeren Partner zu nehmen.

-/-

An das
Auswärtige Amt
Bonn

© Politisches Archiv, Auswärtiges Amt (Auswärtiges Amt (Berlijn)) inv.nr. B21, Bd.23
http://resources.huygens.knaw.nl/europeseintegratie/doc/D00291

In der ersten Phase der politischen Entwicklung nach 1945 führte die neue Konzeption der belgischen Aussenpolitik zu:

der bereits während des Krieges vorbereiteten Gründung der Benelux,

dem Abschluss des Paktes von Brüssel, der die Benelux-Staaten in das Dünkirchenbündnis der beiden westeuropäischen Grossmächte einbezog und an dessen Zustandekommen Herr Spaak wesentlichen Anteil hatte,

dem Beitritt Belgiens zur NATO angesichts der sowjetischen Bedrohung in Westeuropa.

Die zweite, von der ersten zeitlich kaum zu unterscheidende Phase der Nachkriegsentwicklung machte Belgien zum Mitglied

des Europa-Rats,
der EGKS,
der WEU.

Die dem Charakter der belgischen Nation entsprechende Mischung von Initiative und Realismus kommt auch in der aussenpolitischen Betätigung Belgiens im Rahmen dieser westeuropäisch-atlantischen Blockpolitik zum Ausdruck.

tellung der belgischen Politik innerhalb ATO, europäischer Integration und Benelux.

a) NATO.

Die Partnerschaft in der NATO ist - zumindest vorerst - der gewichtigste Pfeiler der belgischen Aussenpolitik. Denn die NATO bedeutet für Belgien infolge der aktiven Beteiligung der beiden angelsächsischen Grossmächte an der kontinentaleuropäischen Politik und infolge ihrer Garnisonen auf dem Kontinent

-/-

das grösstmögliche Mass von Sicherheit gegenüber der sowjetischen Bedrohung,

die grösstmögliche Garantie stabiler Verhältnisse auf dem Kontinent, wenn diese durch nationalistische oder kommunistische Stosswirkungen in den westeuropäischen Staaten gefährdet werden sollten,

ein wirksames Mittel gegen neutralistische Tendenzen in Westeuropa.

In diesem Zusammenhang ist die ständig wache Sorge Herrn Spaaks bezeichnend, dass das politische Interesse der amerikanischen Regierung an den europäischen Fragen gegenüber anderen Problemen der amerikanischen Politik in den Hintergrund treten könnte. Vor Abschluss der WEU und dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO betonte er in öffentlichen Reden und in Gesprächen immer wieder die Gefahr eines amerikanischen Desinteressements für den Fall, dass die westeuropäischen Partner der Vereinigten Staaten sich nicht untereinander einigen könnten. Nach der Konferenz von Genf lassen Äusserungen aus Herrn Spaaks Umgebung auf seine neue Besorgnis schliessen, dass die leichte Beeinflussbarkeit der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten oder die Rücksichtnahme amerikanischer Politiker auf die kommenden Wahlen die einheitliche Linie der amerikanisch-westeuropäischen Politik nachteilig beeinflussen könnte.

Der gleichen politischen Konzeption entspringt Herrn Spaaks Besorgnis vor neutralistischen Gedankengängen in Europa. Er hat solche Gedankengänge innerhalb seiner eigenen Partei in Belgien erfolgreich bekämpft ebenso wie er seine politischen Beziehungen zu französischen Parlamentariern bei dem Scheitern der EVG für das Zustandekommen der WEU in die Wagschale geworfen hat. Charakteristisch ist auch sein Misstrauen gegenüber der Viermächte-Garantie für Österreich, das in seiner Rede auf der Nordatlantikrate-Konferenz vom 9. und 10. Mai 55 zum Ausdruck kam und das er mir gegenüber mit der Bemerkung wiederholte, ein solches Beispiel dürfe in Europa nicht Schule machen.

-/-

Neben die Bemühungen des belgischen Aussenministers, die Partnerstaaten der Nato zu einer einheitlichen politischen Zielsetzung zu veranlassen, tritt der Wunsch, den kleineren NATO-Partnern und namentlich Belgien selbst einen möglichst weitgehenden Einfluss auf diese gemeinsame Politik zu verschaffen. Mit diesen Bemühungen hatte Herr Spaak Erfolg, als er gegen die abweichenden Tendenzen anderer NATO-Mitglieder die Konsultation aller Partner über die von den drei westlichen Grossmächten ausgearbeiteten Richtlinien für die Konferenz von Genf bei der Nordatlantikrat-Tagung am 16. Juli d.J. erreichte.

Dem gleichen Ziel diente u.a. auch der Besuch Herrn Spaaks in Lissabon, bei dem gleichfalls die Möglichkeiten der kleinen NATO-Mächte auf die NATO-Politik einen Gesprächsgegenstand bildeten.

Die grundlegende Bedeutung, die Herr Spaak der NATO für die Verwirklichung der aussenpolitischen Ziele Belgiens beimisst, kommt in seinem Wunsch nach dem Ausbau der NATO aufpolitischen und wirtschaftlichem Gebiet gemäss Art. 2 des Paktes zum Ausdruck, den er gelegentlich seiner Kanada-Reise 1954 in Ottawa erörterte. Auf der gleichen Linie liegt seine Unterstützung des vom Aussenminister Pearson auf der Nordatlantikrat-Tagung vom 9. und 10. Mai 1955 gestellten Antrages, dem Nordatlantikrat die politischen Direktiven für die Westliche Politik ausschliesslich zu überlassen und die WEU auf die Behandlung ihrer eigenen Probleme zu beschränken.

b) Europäische Integration.

Den zweiten Pfeiler der belgischen Aussenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg bildet die europäische Integration. Abgesehen von der für den politischen und wirtschaftlichen Bestand der kleineren europäischen Staaten als Notwendigkeit anerkannten Organisation eines europäischen Zusammenschlusses verfolgt die belgische Aussenpolitik damit folgende Ziele:

die Ausschaltung der Möglichkeit der Hegemonie einer europäischen Kontinentalmacht,

die Bereinigung des deutsch-französischen Gegensatzes, unter dessen Folgen Belgien seit jeher gelitten hat,

gleichzeitig aber auch die Möglichkeit zur Einschaltung der kleineren Staaten im Falle einer den belgischen Sonderinteressen widerstrebenden umfassenden deutsch-französischen Verständigung, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet,

die Herstellung eines politischen Gebildes, das in der Lage ist, zwar nicht als "dritte Kraft", wohl aber als ein um vieles gewichtigerer Partner als es die kontinentaleuropäischen Staaten gesondert sein könnten, auf die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten im Sinne der westeuropäischen Interessen einzuwirken.

Unter diesem Gesichtspunkt begrüsst die belgische Politik auch jede Beteiligung Gross-Britanniens an europäischen Zusammenschlüssen. Abgesehen von der Mitgliedschaft Gross-Britanniens im Europa-Rat und seiner Assoziierung zur EGKS ist daher hier der Beitritt Gross-Britanniens zur WEU mit besonderer Genugtuung aufgenommen worden, obwohl die belgische Regierung an sich die EVG der WEU vorgezogen hätte. Aus Äusserungen Herrn Spaaks und seiner Umgebung geht hervor, dass er zu der Auffassung neigt, Gross-Britannien werde sich auf die Dauer der immanenten Anziehungskraft eines umfassenden europäischen Zusammenschlusses nicht entziehen können.

-/-

c) Benelux.

Als ein dritter Pfeiler der belgischen Aussenpolitik kann die Mitgliedschaft in der Benelux bezeichnet werden. Die Benelux hat ihre eigenständige Bedeutung für die belgische Aussenpolitik auch nicht durch die Organisation des europäischen Zusammenschlusses verloren, der ihre drei Partnerstaaten angehören. Die Bedeutung der Benelux für die belgische Aussenpolitik besteht in der ständigen Konsultation der drei Staaten und der sich daraus ergebenden grösseren Einheitlichkeit und dem grösseren Gewicht ihres Votums bei der Weiterentwicklung der westlichen Zusammenschlüsse und insbesondere gegenüber den beiden grossen Nachbarländern Belgiens im einzelnen.

Dies kam zum Ausdruck, als Herr Spaak nach dem Scheitern der EVG andere Eventuallösungen für die Durchführung der Einbeziehung der Bundesrepublik in das System des Westens in seine Überlegungen einzubeziehen begann, in denen der Benelux eine wesentliche politische und wirtschaftliche Rolle zugedacht war.

Auch bei anderen Problemen wie z.B. bei der Moselkanalisierung und bei den Bestrebungen zur Fortführung der europäischen Integration auf der Messina-Konferenz bemüht sich Herr Spaak, die Benelux als einen politischen Faktor auszuwerten.

Die belgische Deutschlandpolitik insbesondere.

Die belgische Aussenpolitik hat verhältnismässig frühzeitig nach dem Kriege die Notwendigkeit erkannt, das belgische Verhältnis zu Deutschland auf eine dauerhafte Basis zu stellen. Die Mehrzahl der leitenden Persönlichkeiten der drei grossen belgischen Parteien betrachtet Deutschland heute nüchtern, wenn auch nicht ohne Misstrauen gegen ein mögliches Wiederaufleben nationalistischer oder militaristischer Tendenzen, als ein Nachbarland, mit dem Belgien, abgesehen von historischen und kulturellen Beziehungen, der praktische wirtschaftliche Nutzen verbindet.

-/-

Die Politik der belgischen Nachkriegsregierungen hat die Eingliederung Deutschlands in die atlantisch-westeuropäischen Zusammenschlüsse zur Grundlage für die Regelung der deutsch-belgischen Beziehungen gemacht. Sie verfolgt damit folgende Ziele:

Sicherheit Belgiens vor einem deutschen Angriff durch die Verpflichtungen der Bundesrepublik innerhalb des Paktsystems und die Begrenzung der deutschen Militärmacht;

Bekämpfung neutralistischer Tendenzen in der Bundesrepublik und in Zusammenhang damit einer einseitigen Revision der deutsch-sowjetischen Beziehungen;

Einwirkungsmöglichkeiten auf die Lösung der Wiedervereinigungsfrage, wenn möglich die Förderung einer friedlichen Wiedervereinigung auf Grund der Anziehungskraft eines starken und prosperierenden europäischen Zusammenschlusses;

Lösung des deutsch-französischen Gegensatzes;

gleichzeitig Einschaltung Belgiens und der Benelux, insoweit diese deutsch-französische Verständigung sich zum Nachteil der belgischen Interessen in Westeuropa - namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet - auswirken sollte.

Die belgische Regierung hat - nicht zuletzt durch die stetige Initiative des Aussenministers Spaak-das Ziel ihrer Deutschlandpolitik der Verwirklichung weitgehend nahegebracht. Nach der Einbeziehung ~~Deutschlands~~ der Bundesrepublik in das westliche Vertragssystem ist sie gegenwärtig bemüht, die Bundesrepublik durch die Verwirklichung der Messina-Beschlüsse wirtschaftlich noch weiter an den Westen zu binden. Sie ist darüber hinaus im Begriff, ~~durch Verhandlungen~~ mit der Bundesrepublik über eine Anzahl noch ungelöster konkreter Probleme der deutsch-belgischen Beziehungen, von denen die Grenzfrage das schwerstwiegende ist, Verhandlungen aufzunehmen.

-/-

Es besteht Grund zu der Annahme, dass sie gewillt ist, diese Verhandlungen in dem Sinne der europäischen Partnerschaft mit der Bundesrepublik und mit dem Ziele zu führen, die noch aus der jüngsten Vergangenheit herrührenden strittigen Fragen abschliessend zu regeln.

Es darf dabei aber nicht übersehen werden, dass diese Haltung der belgischen Regierung ebenso wie die ihrer PSC-Vorgängerin von dem Vertrauen bestimmt wird, das sie der Kontinuität der von der gegenwärtigen Bundesregierung betriebenen Politik entgegenbringt.

gez. Velhagen.